

Schockenhoff kritisiert Verfahren gegen Punkband

MOSKAU (dpa/kna) - Im Prozess gegen die Moskauer Punkband Pussy Riot hofft die Verteidigung auf ein mildes Urteil für die Gegnerinnen von Kremlchef Wladimir Putin. Die jüngsten Proteste von mehr als 100 Bundestagsabgeordneten sowie von Popstar Madonna gegen die Inhaftierung der Frauen könnten die Justiz zum Einlenken bewegen, sagte Anwalt Nikolai Polosow gestern in Moskau. Das Urteil in dem Verfahren soll am 17. August verkündet werden. Richterin Marina Syrowa vertagte nach einem im Eiltempo durchgepeitschten Prozess gestern unerwartet die Entscheidung. Auch der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Schockenhoff, kritisierte das Verfahren als „völlig maßlos“. In Wirklichkeit gehe es um die Einschüchterung jeder Opposition gegen Putin, sagte der Russland-Koordinator der Bundesregierung dem Berliner Tagespiegel. „Jede Kritik am Regime soll im Keim erstickt werden.“

Kurz berichtet

Streit um Teddybären

STOCKHOLM/MINSK (dpa) - Eine Protestaktion gegen die autoritäre Führung in Minsk hat zu einem diplomatischen Eklat zwischen Schweden und Weißrussland geführt. Das weißrussische Außenministerium gab gestern den Abzug seiner Diplomaten aus Stockholm bekannt. Im Gegenzug forderte Minsk das schwedische Botschaftspersonal auf, bis 30. August die Ex-Sowjetrepublik zu verlassen. Weißrussland macht Schweden für den Abwurf von Teddybären mit Protestlosungen verantwortlich.

Rechtspopulisten hört auf

KOPENHAGEN (dpa) - Die Rechtspopulisten Pia Kjaersgaard will als Chef der Dänischen Volkspartei (DVP) im September nach 17 Jahren abtreten. Die 65-Jährige gilt seit mehr als zehn Jahren als entscheidende Kraft hinter Dänemarks ausgeprägt harter Ausländerpolitik.

Deutscher in Aleppo in Haft

DAMASKUS/BERLIN (dpa) - In der umkämpften syrischen Stadt Aleppo sitzt ein Mann mit deutscher Staatsbürgerschaft in Haft. Der 51-Jährige beschwert sich nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung über mangelhafte Unterstützung durch die Bundesregierung. Die Angaben lassen sich nicht unabhängig überprüfen. Das Auswärtige Amt erklärte, der Fall sei bekannt. Die deutsche Botschaft in Damaskus sei seit Monaten geschlossen. Syrien sei aber aufgefördert worden, internationale Standards für die Gefangenbetreuung zu garantieren.

Attentäter tötete sich selbst

WASHINGTON (dpa) - Der Amerikaner Wade Page, der in einem Sikh-Tempel in den USA sechs Menschen erschossen hatte, hat sich im Anschluss selbst getötet. Wie die Bundespolizei FBI gestern mitteilte, wurde Page zwar zunächst von einem Polizisten niedergestreckt, schoss sich dann aber selbst in den Kopf.

Banden machen in Indien Millionen mit Billig-Nieren aus dem Slum

Dank großer Armut und gewaltiger Gewinnmargen floriert auf dem Subkontinent das brutale Geschäft mit dem Organhandel

Von Agnes Tandler

NEU-DELHI (epd) - Dr. Chadha war eine gute Adresse für diejenigen, die eine Spender-Niere brauchten. Der Arzt und Besitzer der Indu Super Speciality Clinic in der indischen Stadt Hyderabad konnte so etwas diskret arrangieren. Der Service hatte seinen Preis: 1,5 Millionen Rupien (rund 22 000 Euro) kostete die neue Niere - mit Operation. Jahrelang ein gutes Geschäft für Ramesh Chadha.

Bis im Mai der 26-jährige Yadgiri bei der Polizei vorstellig wurde und Chadha und zwei Mittelsmänner anzeigte. Die beiden waren in den Slums um Hyderabad unterwegs, um arme und verschuldete Leute zu finden, die ihre Niere verkaufen woll-

ten. Yadgiri sollte umgerechnet 7300 Euro für eine Niere erhalten und davon etwa 1500 Euro an die beiden Organhändler zahlen. Doch Yadgiri ging zur Polizei.

„Kein Krankenhaus hält sich an die Vorschriften, wenn es um Transplantationen geht“, klagt Gopal Kishan, der Arzt, der 1982 die erste Nierentransplantation Indiens vornahm. Weil Regierung und Behörden tatenlos zusähen, florierte der illegale Organhandel. Bei 98 Prozent aller Transplantationen, bei denen das Spenderorgan nicht von einem Verwandten stamme, sei Geld geflossen, schätzt Kishan. Die Regierung solle Verpflanzungen verbieten, bei denen Niere oder Leber nicht von einem Angehörigen stammt, fordert er.

Organhandel ist in Indien ein gutes Geschäft. Organisierte Banden machen Millionen, indem sie Hunderttausende Arme als billiges Ersatzteillager für die Körper Reicher nutzen. Regelmäßig fliegt ein solcher Transplantationsring auf, doch niemand in Indien ist überrascht, dass das Geschäft mit menschlichen Organen boomt.

Die Regierung hat 1994 den Verkauf von Nieren zu kommerziellen Zwecken verboten. Wer das Gesetz bricht, dem drohen bis zu fünf Jahre Haft. Doch legale Organspenden sind selten. Die Spenderate liegt bei einem Organ pro Million Einwohner, in Deutschland sind es fast 15. Es fehlt an Aufklärung, Infrastruktur und Organisationswillen, sagen Kritiker.

Indien hat daher einen hohen Bedarf an Spenderorganen, der nicht legal gedeckt werden kann. Der Ausweg, einem Arzt Geld zu zahlen, der eine Niere oder ein anderes Organ organisiert, ist hingegen einfach.

Ähnlich ist die Situation im Nachbarland Pakistan: Für eine Studie wurden jüngst 100 Einwohner der Metropole Karatschi zu dem Thema befragt. 70 Prozent wollten lieber eine Niere kaufen, als eine von einem Familienmitglied annehmen, wie die pakistanische Zeitung Dawn berichtete. Nierenkrankheiten sind in Indien und Pakistan inzwischen weit verbreitet, doch es sind meist die Reichen, die eine neue Niere brauchen, weil sie übergewichtig sind und Medikamente - etwa gegen Blut-

hochdruck - einnehmen, die ihre Nieren geschädigt haben.

Ärzte, die gegen die Gesetze verstoßen, werden nur selten bestraft. Bereits zwei Tage nach seiner Verhaftung im Mai kam Chadha gegen Kaution frei. Ob er jemals wegen Organhandel verurteilt wird, ist fraglich. Sein Haftbefehl lautete nur auf den „Versuch der illegalen Transplantation“.

Ein neuer Spender-Skandal in Indien hat inzwischen den alten abgelöst. In Jaipur wird ein Mediziner an einem staatlichen Krankenhaus beschuldigt, im Juni die Niere eines zweijährigen Jungen heimlich entfernt zu haben, als er den Finger des Kindes operierte. Der Junge starb nach dem Eingriff.

Und wenn mein Mann seinen Job aufgibt und sich um unseren Haushalt kümmert - sind wir dann für das Ehegatten-Splitting konservativ genug?



Annäherungsversuche



Interview

Syrien, Sinai und Libanon sind gestrichen

Edwin Doldi, Sicherheitsmanager bei Studiosus-Reisen, zur Lage im arabischen Raum

LEUTKIRCH - Edwin Doldi, beim Reiseanbieter Studiosus zuständig für Sicherheitsfragen, sieht trotz vieler Konfliktherde Möglichkeiten, den Nahen Osten und die arabischen Länder am Mittelmeer zu bereisen. Marokko, aber auch Jordanien, die Golfstaaten und den Oman „würde ich mit gutem Gewissen anbieten“, sagte er im Gespräch mit unserer Redakteurin Claudia Kling.

SZ: Herr Doldi, der Arabische Frühling hat die islamischen Länder am Mittelmeer und im Nahen Osten ganz schön durcheinandergewirbelt. Wie haben Sie darauf reagiert?

Doldi: Wir haben selbstverständlich Syrien aus dem Programm genommen. Und wir haben Reisen in den Libanon gestrichen, weil wir nicht genau abschätzen können, wie stark sich die Ereignisse in Syrien auf das kleine Nachbarland auswirken. Auch nach Libyen und auf den Sinai bieten wir derzeit keine Reisen an. Algerien war für uns schon vor dem Arabischen Frühling aus Sicherheitsgründen keine Destination - und das hat sich seither nicht geändert.

SZ: Sind andere Länder dazugekommen?

Doldi: Wir sehen im Moment recht unterschiedliche Entwicklungen. Länder, die im regionalen Kontext als sicher und ereignislos empfunden werden, wie zum Beispiel Marokko oder auch die Emirate, die Golfstaaten und der Oman, die entwickeln sich wieder recht positiv. Auch Jordanien ist trotz seiner sehr schwierigen Nachbarschaft zu Syrien wieder stärker gefragt. Aber Länder wie Ägypten, die nach wie vor aufgrund der ungeklärten innenpolitischen Lage für Schlagzeilen sorgen, werden gemieden.

SZ: Viele Reisende buchen ja jetzt für die Herbstsaison. Welche Länder im arabischen Raum können Sie empfehlen?

Doldi: Ich kann in jedem Fall Marokko empfehlen. Dort gab es zu Beginn des Arabischen Frühlings zwar auch mehrfach Demonstrationen, aber in der Zwischenzeit hat sich das beruhigt. König Mohammed VI. hat weitgehende Reformen angestoßen - und somit die Unterstützung in der Bevölkerung erhalten. Insofern würde ich Marokko mit gutem Gewissen anbieten, ebenso Jordanien und selbstverständlich auch den gesamten östlichen Bereich des arabischen Raums, die Golfstaaten und den Oman.

SZ: Nach welchen Kriterien entscheiden Sie, ob ein Land gefährlich ist?

Doldi: Bei Studiosus gibt es seit mehr als zehn Jahren ein Sicherheitsmanagement. Seither haben wir ganz klare Vorgaben. Sobald das Auswärtige Amt von einem Land abrät, bieten wir dorthin keine Reisen mehr an. Das ist inzwischen zum Branchenstandard geworden. Ansonsten haben wir natürlich ein gro-

ßes Netzwerk von Informanten - Reiseleiter vor Ort, Hotels, Agenturen und Transportunternehmen -, die wir verpflichtet haben, uns sicherheitsrelevante Ereignisse mitzuteilen. Aus diesen verschiedenen Mosaiksteinchen machen wir uns ein Bild der Lage und gleichen unsere Einschätzung mit der des Auswärtigen Amtes ab. Es gibt durchaus Fälle, wo wir vorsichtiger sind als das Auswärtige Amt.

SZ: Hat sich die Sicherheit westlicher Reisender in islamischen Ländern verschlechtert in den vergangenen zehn Jahren?

Doldi: Direkt nach dem 11. September 2001 war die Wahrnehmung der Menschen hierzulande schon sehr von der Terroroffensive geprägt. Damals haben sich viele gefragt, ob nicht hinter jedem Menschen in einem islamischen Land ein Terrorist steckt. Das war vollkommen unbegründet - dennoch gab es diese Befürchtungen. Inzwischen hat sich das wieder geändert, weil klar ist: Alles, was im Zuge des Arabischen Frühling passiert ist, richtete sich nicht gegen westliche Besucher, sondern gegen die Machtelite in den jeweiligen Ländern.

SZ: Die anti-westliche Stimmung in den arabischen Ländern hat also nicht zugenommen?

Doldi: Ganz im Gegenteil: Es gibt nach wie vor eine teilweise zwar kommerzielle geleitete, aber dennoch grundsätzliche Herzlichkeit und Freundlichkeit.

SZ: Für Länder wie Ägypten muss der Touristenrückgang schlimm sein. Haben Sie Informationen, wie die Menschen zurechtkommen?

Doldi: In Ägypten leben Zehntausende Menschen vom Tourismus. Für die ist das schon verheerend.

Aber der Tourismus in Ägypten ist ein wenig zweigeteilt. Auf der einen Seite die Badeaufenthalte am Roten Meer - dort ist eine kräftige Erholung zu spüren. Auf der anderen Seite die Situation im Niltal, rund um Kairo, in Luxor und Assuan, dort gibt es noch sehr wenig Buchungen. Aber wenn sich die Lage wieder beruhigt, hat Ägypten wieder ein riesengroßes Potenzial.

SZ: Wie lange dauert es Ihrer Erfahrung nach, bis sich ein Land nach einer schweren Krisenzeit wie in Syrien wieder als Reiseland etabliert?

Doldi: Das braucht mehrere Schritte. Zunächst eine objektiv positive Entwicklung der Lage im Land. Aber auch wenn eine Normalisierung eingetreten ist, dauert es immer noch eine gewisse Zeit, bis die Menschen wieder Vertrauen in eine Destination entwickeln. Die Zeitspanne ist unseren Erfahrungswerten nach sehr unterschiedlich. Die Buchungen für populäre Länder ziehen, beispielsweise nach Terroranschlägen, meist nach einem Jahr wieder an. Weniger bekannte Länder brauchen länger. Dass wir Syrien wieder anbieten können, steht in weiter Ferne. Dort haben wir eine vollkommen hoffnungslose und tragische Situation. Ähnliches gilt für Libyen, für das es nach wie vor eine Reisewarnung gibt.

SZ: Was ist Ihre persönliche Perle im arabischen Raum?

Doldi: Ich mag Marokko sehr gerne, aber ich finde die gesamte Region interessant. Auch Syrien hat mir immer gut gefallen - ein wunderschönes, spannendes, extrem freundliches Reiseland. Deshalb bedaure ich zutiefst, was dort passiert. Aber wenn ich mich entscheiden müsste, dann wäre es Marokko.

Pressestimmen

Anschlag ist auch eine Chance

Zum Terroranschlag auf ägyptische Grenzsoldaten am Rande der Sinai-Halbinsel schreibt die linksliberale spanische Zeitung El País: „Das Ziel der Terroristen war es, die ohnehin heiklen Beziehungen zwischen Ägypten und Israel zu zerstören. Das 1979 geschlossene Friedensübereinkommen zwischen beiden Ländern steht nun auf dem Prüfstand. Ägyptens neuer Staatspräsident Mohammed Mursi muss die erste Sicherheitskrise seines Mandats bewältigen. Dabei wird er zeigen müssen, wie weit er mit Israel zusammenarbeiten will. Der Anschlag bedeutet nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Chance. Sowohl Ägypten als auch Israel haben ein Interesse daran, die Lage an der Grenze ruhig zu halten. Kairo sollte das verlassene Wüstengebiet mehr fördern. Wie es aussieht, scheint Mursi dazu bereit zu sein.“

Klassenbester ist nicht beliebt

Die Rolle Deutschlands in der Euro-Krise hat die konservative Wiener Zeitung Die Presse kommentiert:

„Die Krise hat Deutschlands Führungsrolle in Europa deutlicher als bisher freigelegt. Und damit hat nicht nur Berlin selbst, sondern auch der Rest des Kontinents seine Probleme. Deutschland ist als Wirtschaftsmacht gestärkt aus der Krise hervorgegangen. Während Frankreich schwächelt und Italien, Spanien oder Griechenland horrende Aufschläge für ihre Anleihen zahlen müssen, bewegen sich die deutschen Zinsen seit Monaten auf äußerst niedrigem Niveau. Das weckt Neid, ebenso wie die deutsche Exportkraft. Das deutsche Modell löst Bewunderung aus. Doch das Vorbild kann schnell ins Feindbild umschlagen. So wie das bei Klassenbesten ist, die sich meist auch keiner besonderen Beliebtheit erfreuen. Wie es Merkel auch anstellt, sie wird immer kritisiert werden.“

Montis Verbeugung bleibt aus

Die linksliberale römische Zeitung La Repubblica hat sich mit dem angespannten Verhältnis zwischen Berlin und Rom in der Euro-Krise befasst:

„Die führende politische Klasse und die öffentliche Meinung in Deutschland wollen die ‚Verbeugung‘ der Mittelmeerländer vor der Politik der Bundesbank. Griechenland, Portugal und auch Spanien haben sich bereits verneigt. Die italienische Regierung unter Mario Monti hat es akzeptiert, seine Hausaufgaben aus eigener Initiative zu machen, sich aber zumindest bisher geweigert, sich zu verbeugen. Das ist der Kern des Problems. Die Finanzmärkte haben seit Montag (nach dem Monti-Interview) positiv reagiert. Offensichtlich gehen sie davon aus, dass auch Mario Monti in den nächsten Tagen einlenken und es zulassen wird, dass EZB-Chef Mario Draghi auf den Plan tritt.“

Zitat des Tages

„Schäuble ist ein geborener Europäer, das ist Frau Merkel nicht.“



Altkanzler Helmut Schmidt (Foto: WDR) in der ARD-Sendung Menschen bei Maischberger über die seiner Meinung nach zu zaghafte Eurorettung. Der 93-Jährige sprach auch über seine Beziehung zu Ruth Loah (79): „Es war eine selbstverständliche Entwicklung. Wir waren aneinander gewöhnt seit Jahrzehnten“, sagte er.